

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FW)**

Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern – Taten statt Worte!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, jetzt unverzüglich ihren langjährigen Ankündigungen, die strukturschwachen Regionen in Bayern nachhaltig zu fördern und zu stärken, Taten folgen zu lassen. Dazu soll die Staatsregierung umgehend Maßnahmen ergreifen und umsetzen, um für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen Bayerns, also insbesondere auch in den strukturschwachen Regionen, zu sorgen.

Für die strukturschwachen Räume Bayerns werden insbesondere gefordert:

- eine höchst mögliche Unterstützung der regionalen Wirtschaft,
- nachhaltige Impulse für Arbeitsplätze und Ausbildung z.B. durch die Verlagerung von Behörden,
- der bevorzugte Ausbau von Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene,
- der flächendeckenden Ausbau mit schnellem Internet für alle Haushalte,
- ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Bundeswehrstandorte,

- die Stärkung und der Erhalt von Schulen sowie der Ausbau und die Weiterentwicklung von Hochschulstandorten,
- keine Schwächung der politischen Vertretung der strukturschwachen Regionen.

Über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen ist dem Landtag bis spätestens Juli 2011 zu berichten.

Begründung:

Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen war geprägt von einer ausgiebigen Diskussion über die Vorschläge des Zukunftsrats der Staatsregierung. Dabei standen vor allem die Perspektive des strukturschwachen ländlichen Raums sowie eine mögliche Relativierung des Prinzips der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern im Fokus.

Die gegenwärtig zu beobachtende demographische und wirtschaftliche Auseinanderentwicklung der verschiedenen Landesteile Bayerns ist u. E. eine Folge völlig verfehlter bayerischer Politik. Der Landtag soll daher die Staatsregierung auffordern, diesen Trend der regionalen Disparitäten umzukehren und unter Beweis zu stellen, dass sie ihren ständigen Ankündigungen auch Taten folgen lässt.

Zu oft wurden die Bürgerinnen und Bürger in den strukturschwachen Regionen Bayerns enttäuscht: Nach unserer Einschätzung zeugen zahlreiche Instrumente der Staatsregierung von der Konzeptlosigkeit für diese Räume. So wird der Staatssekretärsausschuss für den ländlichen Raum nicht nur von Oppositionsseite kritisiert, die sogenannten Beispielsregionen haben vor Ort keine nachhaltige Entwicklung angestoßen, von Kommunen in den strukturschwachen Regionen werden Lobeshymnen auf die Regierung dafür erwartet, dass sie der Regierung Gebäude für FH-Auslagerungen finanzieren sollen. Beim Aufbau der Europaregion Donau-Moldau, die einen Anstoß für eine regionale Weiterentwicklung geben könnte, verweigert die Staatsregierung notwendige Kompetenzübertragungen und verspielt nach unserer Einschätzung dadurch eine wichtige Chance für die Region. Der flächendeckende Breitbandausbau in Bayern bezieht sich auf Mindestgeschwindigkeiten von ein Mbit/s während Baden-Württemberg sich bereits mit dem flächendeckenden Ausbau von 50 Mbit/s beschäftigt. Der sog. Aufbruch Bayern bringt aus unserer Sicht für einige strukturschwache Regionen keine Impulse für Innovation und Zukunft.